

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Carolin Bachmann, Peter Felser, Dr. Malte Kaufmann, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Entsorgung von Kunststoffmüll zum Gegenstand der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika machen – Die deutsche Abfallwirtschaft einbeziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit den 50er und 60er Jahren sind rund zwei Billionen Dollar Entwicklungshilfe (ohne nennenswerten Erfolg) an den afrikanischen Kontinent geflossen (www.deutschland-funkkultur.de/entwicklungshilfe-in-der-kritik-teure-almosen-fuer-afrika-100.html).

Um diese Entwicklungshilfe-Industrie aufrechtzuerhalten, erfindet die Bundesregierung ständig neue ideologische Konzepte rund um die Leitmotive „Klimaschutz“, Gender Mainstreaming, Feminismus usw. Dabei spielt sich in Afrika derzeit eine Umweltkatastrophe ab, die weder durch die These der vermeintlichen Verantwortung der Industrieländer für den vorgeblich fast nur anthropogen verursachten Klimawandel noch durch eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik eingedämmt werden kann. Die zunehmende Umweltzerstörung und Entwaldung sowie die hochproblematische Handhabung des Kunststoffmülls gehören zu den Hauptursachen für Krankheiten, Armut und Hunger in Afrika. Große afrikanische Metropolen wissen nicht mehr wohin mit dem Plastikmüll, von dem nur vier Prozent recycelt werden. Infolgedessen hat das Problem der Umweltverschmutzung durch Kunststoffmüll ein Krisen-Niveau erreicht.

Schlüsselfaktoren für den unaufhörlichen Zuwachs von Kunststoffmüll in Afrika sind vor allem die rapide demographische Entwicklung, die neuen Konsumgewohnheiten sowie der Mangel an Eigenverantwortung und Problembewusstsein.

Nach Ansicht der Antragsteller brauchen afrikanische Volkswirtschaften innovative Ansätze der Müllverbrennung wie jenen der thermischen Verwertung zur Gewinnung von Strom, um mit der rapiden Müllzunahme fertig zu werden, zumal sich der weltweite Gesamtplastikmüllbestand in den nächsten 40 Jahren verdreifachen soll (<https://afrika.info/kreislaufwirtschaft-afrika/>) – mit erheblichen Auswirkungen für Hunderte von Millionen von Menschen.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika nachhaltige Entsorgungssysteme zu fördern, die es ermöglichen, das Aufkommen des Plastikmülls produktiv zu nutzen und die Wirtschaftstätigkeit auszuweiten. Dabei geht Ruanda bereits mit lobenswertem Beispiel voran.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. den Kampf gegen die zunehmende Umweltverschmutzung durch Kunststoffmüll zu einem vorrangigen Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Ländern zu machen;
 2. das Narrativ einer deutschen Verantwortung für den Klimawandel und für daraus abgeleitete Umweltschäden sowie sonstige negative Auswirkungen in Afrika zurückzuweisen;
 3. die afrikanischen Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf unternehmerische Chancen der Verwertung von Kunststoffmüll und das damit verbundene Gewinnpotenzial hinzuweisen;
 4. mit einem Gesprächsangebot auf afrikanische Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sowie auf die Afrikanische Union zuzugehen, um einen gemeinsamen Ansatz für eine nachhaltige privatwirtschaftliche Entsorgungsindustrie zu erarbeiten;
 5. bei der Durchführung von Projekten zwecks einer Kunststoffmüll-Entsorgungswirtschaft in Afrika insbesondere die deutsche Abfallwirtschaft in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einzubinden;
 6. sich auf europäischer und internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass in afrikanischen Ländern eine Plastikmüll-Entsorgungsindustrie aufgebaut wird, die sich an Wirtschaftlichkeitskriterien orientiert.

Berlin, den 19. Juni 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Zwischen 1990 und 2017 importierten die afrikanischen Länder 230 Millionen Tonnen Kunststoffe. Der Kontinent ist am stärksten von kunststoffabfallbedingter Umweltverschmutzung betroffen, weil nur vier Prozent vom Kunststoffmüll in Afrika recycelt wird. Der Großteil dieser Kunststoffe landet nach ihrer Verwendung auf Müllhalden in afrikanischen Städten und stellt ein großes Umweltproblem dar, da die dortigen Einrichtungen nicht in der Lage sind, den Abfall zu verarbeiten (www.business-punk.com/2020/11/sozial-und-nachhaltig-startup-aus-norwegen-will-in-afrika-haeuser-aus-plastikmuell-bauen/, www.morganphilips.com/fr-mea/conseils-et-actus/le-plastique-en-afrique-enjeu-du-xxie-siecle).

In Kenia ist die Umweltverschmutzung durch Kunststoffmüll besonders alarmierend. Allein in der von mehr als sieben Millionen Menschen bevölkerten Hauptstadt Nairobi werden täglich mehr als 3000 Tonnen Müll produziert. Vieles davon landet am Straßenrand und in Flüssen oder wird verbrannt. Wenn der Abfall doch abgeholt wird, kommt er in Deponien, die immer mehr Platz einnehmen. Dort belasten Kunststoffabfälle die Gesundheit der Anwohner und die Umwelt massiv. Es gibt schon einige Entsorgungsinitiativen, deren Tätigkeiten sich aber in engen Grenzen hält (www.giz.de/de/mediathek/78669.html).

Am 2. März 2022 haben Delegationen aus fast 193 Ländern in Nairobi ein Abkommen zur Bekämpfung der globalen Plastikmüllflut auf den Weg gebracht. Die Delegationen der Umweltversammlung der Vereinten Nationen (UNEA) sprachen sich einstimmig für die Einsetzung eines sogenannten zwischenstaatlichen Verhandlungskomitees zur Aushandlung eines internationalen Abkommens aus, wonach der globalen Verschmutzung durch Plastikmüll Einhalt geboten werden soll (www.tt.com/artikel/30815502/muelldeponie-dandora-der-weite-weg-zu-einer-welt-ohne-plastikmuell). Dabei befürchten die Antragsteller, dass es sich schon wieder um ein unverbindliches multilaterales Lippenbekenntnis handelt, das keine Auswirkung auf das benannte Problem haben

wird, denn gerade in Nairobi verschärft sich die Lage bezüglich der Verschmutzung durch Kunststoffmüll, wie das Beispiel der Mülldeponie von Dandora zeigt.

Dandora liegt acht Kilometer von Nairobi entfernt und ist die größte Mülldeponie in Ostafrika. Auf einer Fläche, die 62 Fußballfeldern entspricht, werden täglich mehr als 2000 Tonnen Abfall abgeladen und teilweise verbrannt. Diese Deponie ist außer Kontrolle geraten und wächst unaufhörlich. Erwachsene und Kinder stürzen sich jeden Tag in die Abfallberge, um zu retten, was sich weiterverkaufen lässt. Bereits im Oktober 2007 hatte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen eine alarmierende Studie über die Dandora-Mülldeponie veröffentlicht. Untersuchungen von mehr als 300 Kindern, die in der Nähe der Mülldeponie lebten, ergaben, dass die meisten von ihnen eine erhöhte Konzentration von Blei im Blut sowie eine hohe Prävalenz von chronischen Atemwegerkrankungen aufweisen. Zudem fließt der Fluss Nairobi durch die Mülldeponie und spült das verunreinigte Wasser flussabwärts auf Land, auf dem Lebensmittel angebaut wird und Vieh weidet. Es wird geschätzt, dass etwa 900.000 Einwohner Nairobis von dieser Gesundheitskatastrophe betroffen sind (www.swissinfo.ch/ger/gesellschaft/die-drastischen-umweltfolgen-von--fast-fashion-/48137098).

Dandora ist das Symbol einer Fehlentwicklung bzw. einer gescheiterten sechzig Jahre langen Entwicklungshilfe-Politik. Die Realität vor Ort ist weit entfernt von den Versprechungen einer feministischen Entwicklungspolitik der aktuellen Bundesregierung.

Nach Ansicht der Antragsteller sollte Kreislaufwirtschaft zu einem der wichtigsten Themen der Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern werden. Dafür ist es notwendig, im Rahmen dieser Entwicklungszusammenarbeit Partnerschaften mit Ländern zu fördern, für die das Thema Kunststoffmüll eine vorrangige Rolle spielt, um den Aufbau einer Entsorgungsindustrie zum Gegenstand wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu machen.

Bei aller Kritik an Ruanda wegen seiner negativen Rolle bezüglich des anhaltenden rohstoffbedingten Kriegs im Osten der Demokratischen Republik Kongo erweist sich dieser Staat als Vorbild hinsichtlich Umweltschutz und Sauberkeit. Kigali (Ruandas Hauptstadt) gilt als sauberste Stadt und Ruanda als sauberstes Land Afrikas (dabei geht das Land mit guten Beispielen vor). Der Müll Kigalis landet außerhalb der Stadt auf einer Mülldeponie, die bereits mit den modernsten Konzepten errichtet wurde, um Mülltrennung zu ermöglichen. Vor zwei Jahren wurde vor den Toren der Hauptstadt auch eine Firma eröffnet, um Elektroschrott zu recyceln. „Eviroservice“ ist eine Public-Private-Partnerschaft zwischen der ruandischen Regierung und einem Unternehmen aus Dubai. Bis zu 10.000 Tonnen Elektroschrott werden dort wiederverwertet: Alte Handys werden repariert, Computer und Laptops überholt. Die Rechner werden preiswert an Schulen abgegeben, so spart sich die Regierung am Ende Geld bei der Anschaffung (<https://taz.de/Kreislaufwirtschaft-in-Afrika/!5833869/>). Die erfolgreiche Umweltpolitik Ruandas ist Teil einer Strategie und wird durch die Regierung mit strengen Gesetzen und Regelungen durchgesetzt. Die Bevölkerung wird dazu aufgerufen, Umweltsünder bei der REMA (Rwanda Environment Management Authority) zu melden. Auch die Mülltrennung ist gesetzlich geregelt. Auf die illegale Entsorgung von Müll, aber auch auf den Verkauf und Besitz von Plastiktüten, stehen hohen Strafen. Je nach Verstoß sind dort umgerechnet mindestens 100 Euro oder mehrere Monate Gefängnis fällig (www.zeit.de/wissen/umwelt/2018-05/umweltschutz-ruanda-plastik-verbot-gesetz).

Am Beispiel Ruanda gibt es verschiedene Möglichkeiten, Kunststoffmüll zu verwerten, die Afrika die Chance bieten, seine Wirtschaftstätigkeit auszuweiten, Millionen von Arbeitsplätzen zu schaffen und die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern. In diesem Zusammenhang sollte auch die deutsche Abfallwirtschaft ihren Beitrag zur Entwicklung der afrikanischen Partnerländer leisten und gleichzeitig von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit profitieren. Ihrerseits können die afrikanischen Länder technisches Wissen und Erfahrungen aus Deutschland nutzen, um eine widerstandsfähige Entsorgungsindustrie im Bereich des Kunststoffmülls aufzubauen. Diese Art der Zusammenarbeit wäre nützlicher und profitabler als Tausende von fragmentierten gender- und klimapolitisch basierten ideologischen Projekten, die bisher keine konkreten Ergebnisse geliefert haben.

